

Im Krieg gegen die Zivilisation des Westens

Ideengeschichtliche Hintergründe des russisch-ukrainischen Krieges zwischen universalistischen und partikularistischen Werten sowie ideologischen Ansprüchen und Rechtfertigungen: Einblicke in die Geschichtspolitik und -propaganda des neoimperialen Russland aus der Sicht eines Osteuropahistorikers.



Im russisch-ukrainischen Krieg sind auf beiden Seiten nach offiziellen Angaben zehntausende, vielleicht hunderttausende Soldaten gestorben, in der Ukraine kommen über zwölftausend getötete Zivilisten hinzu. Für beide Länder ist die Gewinnung von Rekruten eine zentrale Aufgabe im Krieg. Zur ukrainischen Armee meldete sich in den ersten Kriegsjahren eine beträchtliche Zahl von Freiwilligen, im April 2024 verabschiedete das ukrainische Parlament zudem ein Gesetz zur Mobilmachung. Russland verkündete 2022 eine Teilmobilmachung. Es stützt sich darüber hinaus auf Vertrags-soldaten sowie Strafgefangene. Die Rekrutierung unter den nichtrussischen Ethnien ist deutlich höher als in den zentralen russischen Landesteilen, insbesondere in Moskau und Petersburg.

Wofür werden die hohen menschlichen Opfer gebracht? In der Ukraine liegt die Antwort auf der Hand: zur Verteidigung des eigenen Lands gegen eine Invasion und zur Verteidigung der eigenen, individuellen Freiheit. Die partikuläre Berufung auf die Nation ist von dem universalen Prinzip der Freiheit nicht zu trennen. Die russische Propaganda, deren Einfluss im Westen erschreckend viele Menschen erliegen, negiert dies, indem sie die politische Elite der Ukraine als „Banderisten“, also rechtsradikal gesinnte Wiedergänger von NS-Kollaborateuren, brandmarkt.

Das ist in Bezug auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyi und seine politische Umgebung eine absurde Behauptung. Aber auch die Unterstellung einer rechtsradikalen

Prägung der ukrainischen Nation ist falsch. Seit 1991 erreichte in den gesamtstaatlichen Wahlen nur einmal eine rechte Partei die Fünf-Prozent-Marke und damit den Einzug ins Parlament. Der Krieg der Ukraine ist ein Befreiungskrieg, der für zivile Rechte und die Emanzipation der Staatsbür-



Quelle: Wiki Commons

ger von den imperialen russischen Herrschaftsansprüchen geführt wird.

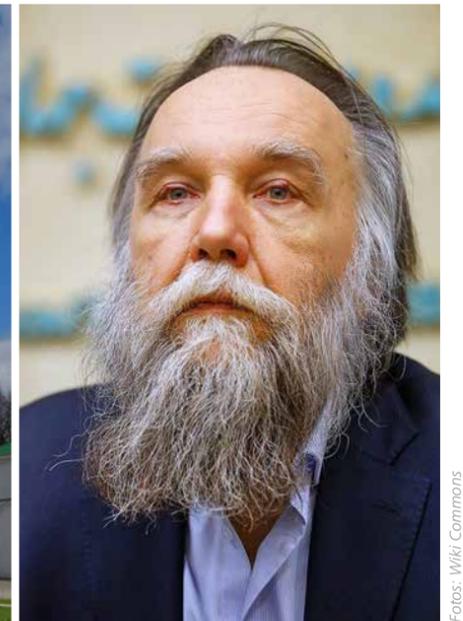
Seit seiner Gründung und vor allem im Maidan manifestierte sich der ukrainische Nationalstaat als Träger universalistischer Prinzipien, die Gleichberechtigung der Bürger ungeachtet ihrer Sprache, Nationalität und Konfession war dabei ein Leitprinzip. Russisch ist im östlichen Landesteil auch von vielen Ukrainern als Umgang- und Schriftsprache ganz selbstverständlich verwendet worden. Konfessionell war die Gleichberechtigung so umfassend, dass Amtsträger an der Spitze des Staates jeder Glaubensrichtung angehören konnten.

Nach dem Maidan waren die höchsten Ämter so multikonfessionell besetzt, wie dies in keinem anderen europäischen Staat vorstellbar gewesen wäre, und zwar nicht als Ergebnis eines konfessionellen Proporzsystems, sondern als Ergebnis gelebter Religionsfreiheit: Präsident Petro Poroschenko war orthodox (Moskauer Patriarchat), Premierminister Arsenij Jazenjuk gehörte der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche an, der Verteidigungsminister Oleksandr Turtschynow war Baptist und der Sprecher des Parlaments Volodymyr Hroisman jüdisch. Wie sich die multikulturelle Prägung der ukrainischen Nation unter den Bedingungen des russischen Angriffskriegs verändert, ist noch nicht endgültig zu beurteilen. Deutlich ist aber, dass sich der universalistische Charakter der Nation zugunsten partikularer Elemente abschwächt: Das Russische hat seinen Status eingebüßt und innerhalb der Orthodoxie ist die vormals dem Moskauer Patriarchat zugehörige Ukrainische Orthodoxe Kirche

Russland als Drittes Rom – eine erstmals im 16. Jahrhundert von dem Mönch Filofei formulierte Sendungs-idee, hier auf einer Münze von 2014 mit dem Filofei-Zitat: „Zwei Rome sind gefallen, das dritte aber steht, und ein viertes wird es nicht geben. Und nun leuchtet dein drittes, das neue souveräne Reich deiner heiligen konziliaren apostolischen Kirche an allen Enden des Universums im orthodoxen christlichen Glauben im gesamten himmlischen Reich heller als die Sonne. Unser RUSSISCHES Land wächst durch die göttliche Barmherzigkeit und das Gebet der reinsten Jungfrau und aller heiligen Wundertäter, wird jünger und steigt empor.“



Links: Das auf der Münze abgebildete Jelesar-Kloster des russisch-orthodoxen Mönchs Filofei von Pskov. Ein Vordenker imperialer Größe heute: Alexander Geljewitsch Dugin, ein russischer ultranationalistischer politischer Philosoph und Publizist, Universitätslehrer und Politiker.



Fotos: Wiki Commons

unter Druck geraten, während die autokephale (eigenständige) Orthodoxe Kirche der Ukraine zu einer Staatskirche avanciert.

Eine Tendenz, die eigene ethisch-nationale Partikularität hervorzuheben, ist in Bezug auf die ukrainische Denkmalpolitik in Odessa hervorgehoben worden, wo Monumente russischsprachiger Dichter teilweise aus dem Stadtraum entfernt werden. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass die ukrainische Denkmalpolitik weiterhin dem Leitbild einer multikulturellen Stadt folgt.

Russlands Soldaten sterben für einen ganz anderen Staat, aber auch hier mischen sich universalistische und partikularistische Prinzipien. Putin begründet den Krieg mit historischen und zivilisatorischen Ansprüchen. Bereits im Juli 2021 ließ er mit seinem Geschichtsesay „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ erkennen, dass er eine unabhängige Ukraine, die über ihre Bündnisse selbst entscheidet und eine

eigene Nationalkultur pflegt, nicht dulden würde. In dem Text manifestierte sich der Anspruch eines Imperiums auf die Beherrschung einer eigenen Einflusszone, einer eigenen Welt, die in der offiziellen russischen Propaganda auch als „russkij mir“ bezeichnet wird, was mit „russischer Welt“ oder „russischem Frieden“ zu übersetzen ist.

Die schillernde Begrifflichkeit des „russkij mir“ bringt den Anspruch der kulturellen Totalität des Russischen zum Ausdruck und bezieht sich auf alle Gebiete, in denen Ostslawen – also Russen, Ukrainer oder Belarussen – leben. Insofern handelt es sich um eine großrussische Ideologie, die in partikularistischer Weise einen nationalen Besitzanspruch formuliert. Mit dem Begriff des „mir“ (Welt, Frieden) ist dieser Anspruch aber universalistisch überzogen, denn er proklamiert die beanspruchte Sphäre als eine „Welt für sich“ und entspricht damit einer typischen imperialen Vorstellung, das eigene Reich als eine eigene Welt zu betrachten.

In der russischen Tradition ist dies mit der Vorstellung Moskaus als dem „Dritten Rom“ verbunden, einer Sendungs-idee, die im 16. Jahrhundert in einem Schreiben des Mönchs Filofej an den Großfürsten Vasilij III. (1503–1533) formuliert wurde. Filofej ordnete Moskau in die Reihe der großen legitimen Imperien ein: Die Kirche des alten Rom sei durch Häresie gefallen, die Kirche des zweiten Rom, Konstantinopel, hätten die Osmanen zerstört, die Kirche Moskaus sei nun das Dritte Rom. Ein viertes Rom werde es nicht geben.

Eine wirkmächtige universalistische Ideologie entstand daraus im 19. Jahrhundert, als Vladimir Solov'ev (1853–1900) Russlands Berufung darin erkannte, Ost und West in einer universalen Einheit zusammenzuführen. Daran schloss Nikolaj Berdjaev (1874–1948) an, der die Idee eines russischen Messianismus entwarf, die er nach 1917 auf die Dritte Internationale und die Sowjetunion übertrug. Nach deren Zerfall erlebte die religiöse Reichsideologie eine



Atemloser Alltag im Krieg: Bürgermeister Klitschko vor zerstörten Wohnhäusern in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Renaissance in der Vorstellungswelt der Russischen Orthodoxen Kirche, deren ideologischer Einfluss auf die russische Öffentlichkeit heutzutage nicht zu unterschätzen ist.

Eine weitere, heute wirkungsvolle Ideologie stellt schließlich das Eurasium dar, eine Denkrichtung, die von russischen Emigranten in den 1920er-Jahren entwickelt worden war. Damals entsprach der Raum „Eurasien“ im Wesentlichen dem untergegangenen Russischen Reich, das die Emigranten der „romano-germanischen Welt“ entgegengesetzten. Rechtsextreme Denker übernahmen das Modell in den 1990er-Jahren, fassten aber Eurasien als Asien plus Europa viel weiter und stellten die raumprägende „russische Zivilisation“ der atlantischen Welt mit den USA an der Spitze gegenüber. Es ging um den alten Antagonismus von Seemächten und Landmächten und damit um einen alternativen Universalismus gegen die Ideen des Westens.

Aleksander Dugin (*1962) und andere rechtsradikale Denker griffen lange vor dem Krieg gegen die Ukraine auf die alten Ideen zurück, die sich heute weiter Verbreitung erfreuen. Sie kontern die westlichen Prinzipien der individuellen Freiheit und Gleichheit mit kollektiven Prinzipien, zum Beispiel mit Werten der Familie und der Nation. Diese Vorstellungen werden zwar zivilisatorisch mit Russland verbunden, aber doch mit universellem Gültigkeitsanspruch entworfen. Die Gesellschaften des Westens sollen auf einen Weg zurückgebracht werden, von dem sie durch ihre hedonistische Lebensweise abgekommen seien. Mit der antiindividualistischen Ideologie erzielt die russische Propaganda durchaus Einfluss auf rechtsextreme Bewegungen im westlichen Europa.

Eine praktische Bedeutung gewinnt der antiliberaler Universalismus durch die nicht nur postulierte, sondern tatsächliche Entrechtung von

Minderheiten. Während Homosexualität in der Zeit Jelzins entkriminalisiert wurde, ist heute in Russland der umgekehrte Prozess zu beobachten. Die Kriminalisierung von queeren Menschen geht Hand in Hand mit der Verschärfung des autokratischen Regimes und der neoimperialen Aggression nach außen. Am 17. November 2023 stufte das russische Justizministerium „die internationale LGBT-Bewegung“ als extremistisch ein, was den rechtlichen Status von queeren Menschen in Russland prekär macht. Besonders gefährlich ist die Verknüpfung der Entrechtung von Homosexuellen mit der geopolitischen Propaganda gegen den Westen. Europa wird in der russischen Propaganda als „gaj-ropa“ angeprangert. So entwirft Russland Europa als zivilisatorischen Feind und verbindet ihn zugleich mit einer in Russland verfolgten Minderheit.

Strukturell ist dies mit der doppelten Rolle, die das Judentum in der



Solidarität mit der Ukraine: In vielen Städten Europas wird seit Kriegsbeginn gegen den Überfall Russlands auf die Ukraine protestiert.

NS-Ideologie als innerer und äußerer Feind, sei es in der Form des „Judäo-Bolschewismus“ oder des „Weltjudentums“ gespielt hat, vergleichbar. Russland spricht sich selbst die Kraft der universellen moralischen Erneuerung zu und entwirft den Westen als das „verkommene“ Andere, das mit den „Verkommenen“ im eigenen Land in einen Zusammenhang gestellt wird.

Das Gebräu aus nationalistischen, zivilisatorischen und messianisch-universalistischen Ideen prägt den offiziellen Diskurs, wie er im russischen Staatsfernsehen täglich zu besichtigen ist. Der universalistische Anspruch, für eine neue gerechte Weltordnung altruistisch zu kämpfen, kontrastiert dabei scharf mit der russischen Kriegsführung, die sich gegen die ukrainische Armee und auch die Zivilbevölkerung richtet und vor systematischen Vergewaltigungen und der Entführung von Kindern nicht

zurückschreckt. Der Kontrast zur Ukraine ist auch hier deutlich: Die ukrainische Armee hält sich weitgehend an das Völkerrecht. Von Verstößen dagegen war punktuell in der Anfangsphase des Krieges zu hören, nicht in seinem späteren Verlauf.

Es ist bemerkenswert, dass die universalistische Kriegslegitimation in vielen Ländern des globalen Südens durchaus affirmativ aufgenommen wird. Obwohl Russland in imperialer Tradition seinen Krieg gegen die Freiheitsbestrebungen der Ukraine führt, genießt es in vielen afrikanischen, südamerikanischen und asiatischen Ländern Sympathien, die sich aus einem antikolonialen Bewusstsein speisen. Auch die Sowjetunion hatte es verstanden, ihre koloniale Interessenpolitik, die sie in vielen Ländern des globalen Südens betrieb, anticolonial zu verbrämen. Sie begegnete dem universalistischen liberalen Anspruch der USA mit ihrer eigenen sozialistischen Befreiungsmisson. Über

den Sozialismus als universalistische Gegenideologie verfügt Russland heute nicht mehr. Die antiamerikanischen Affekte funktionieren aber immer noch.



Foto: Stefan Obermeier

Professor Dr. Martin Schulze Wessel ist Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Sprecher der Kolleg-Forschungsgruppe „Universalismus und Partikularismus in der europäischen Zeitgeschichte“.

Adresse: Historisches Seminar der LMU, Geschichte Ost- und Südosteuropas, Geschwister-Scholl-Platz, 80539 München

DFG-Förderung im Rahmen der KFG 20.

www.kfg20.geschichte.uni-muenchen.de

